

## **BDS Bayern warnt vor Minijob-Reform zulasten des Mittelstands**


Geplante Einschränkungen verteuern Arbeit und entziehen dem Arbeitsmarkt dringend benötigte Kräfte

München, 24. Juni 2026 – Der Bund der Selbständigen Bayern (BDS Bayern) warnt vor einer politischen Zurückdrängung geringfügiger Beschäftigung. Aus Sicht des Verbands würde eine solche Reform nicht nur die Arbeitskosten vieler kleiner und mittlerer Unternehmen erhöhen, sondern zugleich das Arbeitskräftepotenzial weiter verknappen.

Für zahlreiche Betriebe sind Minijobs ein unverzichtbares Instrument, um Krankheitsausfälle, saisonale Schwankungen, kurzfristige Auftragsspitzen und personelle Engpässe abzufedern. Gerade dort, wo Arbeit nicht dauerhaft und starr planbar ist, braucht es flexible Beschäftigungsmöglichkeiten. Werden diese verteuert oder unattraktiver gemacht, verlieren Unternehmen an Handlungsspielraum, ohne dass ein praxistauglicher Ersatz in Sicht ist.

Hinzu kommt die Wirkung auf den Arbeitsmarkt: Minijobs ermöglichen vielen Menschen einen gezielten und begrenzten Hinzuverdienst. Dazu zählen insbesondere Rentnerinnen und Rentner, Studierende sowie Menschen mit familiären Verpflichtungen. Diese Gruppen sind für zahlreiche Betriebe ein wichtiger Teil der Personaldecke. Wer geringfügige Beschäftigung erschwert, belastet daher nicht nur die Betroffenen selbst, sondern entzieht den Unternehmen zugleich Arbeitskräfte, auf die sie angewiesen sind.

Richtig ist, dass die Sozialkassen unter erheblichem Druck stehen und die langfristige Finanzierung der Alterssicherung eine zentrale politische Aufgabe bleibt. Der BDS Bayern warnt jedoch davor, die Lösung dieser Probleme ausgerechnet in einer Verteuierung geringfügiger Beschäftigung zu suchen. Zusätzliche Beitragseinnahmen dürfen nicht dadurch erkaufte werden, dass flexible Beschäftigungsmöglichkeiten geschwächt und Arbeitsanreize reduziert werden.



„Natürlich müssen wir darüber sprechen, wie wir die Sozialversicherungen langfristig stabilisieren und Menschen ausreichende Rentenansprüche ermöglichen. Aber die Antwort kann nicht sein, Minijobs zum finanzpolitischen Reparaturbetrieb zu machen. Mehr als eine Million Rentnerinnen und Rentner arbeiten heute freiwillig weiter. Hinzu kommen Studierende und Menschen mit begrenzter zeitlicher Verfügbarkeit. Wer diese Beschäftigungsform verteuert, riskiert weniger Beschäftigung, weniger Flexibilität und am Ende womöglich sogar das Gegenteil dessen, was erreicht werden soll“, erklärt Gabriele Sehorz, Präsidentin des BDS Bayern.

In der aktuellen wirtschaftlichen Lage wäre dies ein zusätzliches Belastungssignal für den Standort Deutschland. Viele Unternehmen stehen bereits unter Druck durch hohe Energiepreise, steigende Lohnnebenkosten und wachsende Bürokratie. Eine weitere Verteuerung von Arbeit würde die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands zusätzlich schwächen.

„Der Mittelstand braucht keine weiteren Belastungen, sondern verlässliche Rahmenbedingungen und mehr Menschen, die bereit sind zu arbeiten. Arbeitsmarktpolitik muss Beschäftigung ermöglichen statt erschweren. Wer funktionierende und flexible Beschäftigungsformen zurückdrängt, handelt an der Realität in den Betrieben vorbei“, so Sehorz abschließend.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an unsere Pressestelle unter: [presse@bds-bayern.de](mailto:presse@bds-bayern.de).

Der Bund der Selbständigen – Gewerbeverband Bayern e.V. vertritt die Interessen von rund 13.000 Unternehmern und Selbständigen mit rund 350.000 Mitarbeitern. Er ist die starke Stimme des bayerischen Mittelstandes.